
FORUM: Deutschland nach Solingen

Liselotte Funcke:
Jeder trägt Verantwortung

Liselotte Funcke, geb. 1918 in Hagen, war von 1981 bis 1991 Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen.

In der bedrückenden Serie von tätlichen Angriffen auf Ausländer machten der Brandanschlag in Solingen, bei dem fünf Türkinnen starben, und seine Folgen erschreckend deutlich, daß Gewalt Gegengewalt auslöst. Wer sich näher mit dem Leben der ausländischen Familien in Deutschland befaßt hatte, konnte voraussehen, daß Angst, Enttäuschung und Verbitterung insbesondere der in Deutschland aufgewachsenen jungen Generation eines Tages zu Reaktionen führen würden. In Solingen war der Anlaß zum Gegenschlag gegeben, und wenn es inhaltlich auch um eine Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden ging, so brach sich hier doch erkennbar der Unmut und Zorn über die Recht- und Schutzlosigkeit der ausländischen Bevölkerung Bahn.

Seit Jahrzehnten wachsen Kinder und Jugendliche aus den Mittelmeerländern in Deutschland auf, ohne die Rechte deutscher Bürger zu haben. Sie werden im Staat und im Arbeitsleben zweitrangig behandelt. Das muß zu Frustration und Gegenwehr führen.

Notwendig ist daher ein Gesamtkonzept zu einer tragfähigen Ausländerpolitik. Dazu gehören:

- die Sicherung des Aufenthaltsrechts nach achtjährigem Aufenthalt,
- eine familiengerechte Nachzugsregelung,
- die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft,
- das kommunale Wahlrecht nach längerem Aufenthalt,
- ein Einwanderungsgesetz, das eine begrenzte Zuwanderung regelt,
- und die Schaffung eines Ministeriums für Migration und Integration, damit die Fragen der ausländischen Bevölkerung endlich auf den Kabinetttisch kommen.

Weg-Schweigen bringt keine Lösung.

Die Gewaltbereitschaft junger Menschen ist eine Zeiterscheinung. Sie hat nicht allein rassistische und nazistische Züge. Wären es nicht die Ausländer, würde sich der Haß der Fanatiker gegen andere Minderheiten richten. Es gibt schon Anzeichen dafür, daß Behinderte und alte Leute Ziel von Angriffen sind.

Die Polizei ist überfordert, wenn sie alle Zielorte ausländerfeindlicher Angriffe schützen sollte. Um so mehr ist die deutsche Bevölkerung gefragt, sich einzuschalten, um Stimmungsmache gegen Ausländer zu verhindern. Viel zu wenig ist bewußt, daß dort, wo am Stammtisch, im Betrieb oder im Familienkreis gegen Ausländer gehetzt wird, unbedachte oder verblendete junge Menschen es als gerechtfertigt ansehen, Ausländer zu verjagen oder gar zu töten.

Dagegen gilt es zu erkennen, daß Wanderungen über Landesgrenzen heute normal sind. So wie viele Deutsche im Ausland leben und dort gebraucht werden, muß es Menschen aus anderen Regionen der Welt erlaubt sein, in geregelter Zahl Arbeit und Brot in Deutschland zu finden. Das erfordert Offenheit der Staaten und der Menschen. Deutsche in fremden Ländern erwarten, daß man sie dort korrekt behandelt und ihnen das Recht gibt, nach ihrer Weise zu leben. Ebenso müssen Italiener, Griechen und Türken nach ihrer Lebensweise in Deutschland leben und ihre Kultur pflegen dürfen, allerdings unter der Bedingung, daß sie die Gesetze einhalten.

Unsere Welt ist heute offen. Wir genießen diese Offenheit auf Reisen. Aber sie fordert auch von uns Offenheit für die Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, aus ihrer Heimat wandern oder fliehen. Nur so kann der Friede gewahrt werden. Der Zerfall Jugoslawiens ist ein schreckliches Beispiel dafür, wie Nationalismus und Intoleranz ein Volk zerstören und der Bevölkerung unsägliches Leid bringen. Ich denke daher, jeder von uns trägt ein Stück Verantwortung dafür, daß in unserem Land der Friede zwischen Einheimischen und Zugewanderten gewahrt bleibt.